

Forderungen und Handlungsfelder des Deutschen Kinderhilfswerkes zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland

Das Recht auf angemessene Lebensbedingungen und die damit einhergehenden Rechte auf Bildung und Gesundheit werden in Deutschland zunehmend weniger erfüllt. Das widerspricht sowohl der UN-Kinderrechtskonvention als auch dem Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005 – 2010.

- *Artikel 27 (1) „Die Vertragsstaaten erkennen das Recht jedes Kindes auf einen seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard an.“*
- *Artikel 27 (3) „Die Vertragsstaaten treffen gemäß ihren innerstaatlichen Verhältnissen und im Rahmen ihrer Mittel geeignete Maßnahmen, um den Eltern und anderen für das Kind verantwortlichen Personen bei der Verwirklichung dieses Rechts zu helfen (...).“*
Aus der UN-Konvention der Kinderrechte

Nach Angaben des Kompetenzzentrums für familienbezogene Leistungen vom Mai 2008 verfügen ca. 2,4 Mio. Kinder und Jugendliche in 1,4 Mio. Haushalten in Deutschland über ein Einkommen, das unterhalb von 60% des gewichteten Medianeinkommens liegt. Die Armutsrisikoquote der unter 18-Jährigen liegt damit bei 17,3%. Gleichzeitig wird festgestellt, dass Kinder und Jugendliche umso häufiger von Armut betroffen, je älter sie sind. Dies gilt insbesondere für Jugendliche von 15 Jahren bis unter 18 Jahre. Bezieht man diese Armutsrisikoquote (aus dem Jahre 2005) auf die aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, die die Personen in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II ausweist, schließt die Minderjährigen im Sozialhilfebezug nach SGB XII und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie eine vorsichtig geschätzte Dunkelziffer mit ein, so sind fast 3 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland derzeit von Armut betroffen.

Damit ist klar: Keine andere gesellschaftliche Altersgruppe ist so stark von Armut betroffen wie Kinder und Jugendliche. Die vorliegenden Daten der Bundesagentur für Arbeit belegen deutlich, dass die Kinderarmut höher ist als die von Erwachsenen. Besonders schwierig ist die Situation in Familien mit nur einem Elternteil und für Kinder aus Zuwandererfamilien. Sie wachsen deutlich häufiger in Armut auf, als deutsche Kinder.

Gerade die Tatsache, dass der konjunkturelle Aufschwung der letzten Jahre nicht zu einer Abnahme der Kinderarmut beigetragen hat, macht deutlich, dass wir ein strukturelles Problem haben, dem Politik und Gesellschaft mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und Kompetenzen entgegentreten müssen. Wir brauchen nicht nur eine Politik, die den Geburtenzuwachs in den Mittelpunkt stellt, sondern politische Entscheidungen für die Kinder, die da sind. Notwendig hierfür ist ein breites gesellschaftliches Engagement, denn Armut und Ausgrenzung ist ein Problem der ganzen Gesellschaft. Mit jedem Monat Untätigkeit werden armen Kindern weitere Bildungs- und Entwicklungschancen geraubt - und damit auch ein Stück Zukunft für sie und unsere Gesellschaft.

Deshalb legt das Deutsche Kinderhilfswerk einen umfangreichen Forderungskatalog zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland vor, der folgende Kernpunkte beinhaltet:

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.
Leipziger Straße 116-118
10117 Berlin
Tel: +49 30 308693-0
Fax: +49 30 2795634
E-Mail: dkhw@dkhw.de
www.dkhw.de
Bankverbindungen:
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Konto-Nr: 333 11 00
Spendenkonto: 333 11 11

Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen/DZI



isiegels
ПАРИТАТСНЕН
Wohlfahrtsverband

Anerkannter Träger der freien
Jugendhilfe (§ 75 KJHG)

U-Bhf. Stadtmitte oder
Mohrenstraße (U2 und U6)

1. Nationales Programm zur Bekämpfung der Kinderarmut entwickeln
2. Bedingungslose und bedarfsgerechte Kindergrundsicherung einführen
3. Mitbestimmungs- und Mitwirkungschancen schaffen
4. Bildungschancen sicherstellen
5. Betreuungsqualitäten steigern
6. Gezielte Förderung von Migrantenkindern
7. Gesundes Aufwachsen ermöglichen

1. Nationales Programm zur Bekämpfung der Kinderarmut entwickeln

Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert ein Nationales Programm zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland und einen eigenständigen Bericht der Bundesregierung zur Kinderarmut. Die Bundesregierung soll dazu gemeinsam mit Ländern und Kommunen ein umfangreiches Maßnahmenpaket mit konkreten Zielvorgaben vorlegen, mit dem der Kinderarmut wirkungsvoll begegnet werden kann.

Nach den neuesten Berechnungen des Deutschen Kinderhilfswerkes sind heute in Deutschland fast 3 Millionen Kinder und Jugendliche von Armut betroffen. Seit der Einführung der Hartz-IV-Gesetzgebung hat sich der Anteil der Kinder, die von Sozialgeld leben müssen, mehr als verdoppelt. Wie wir in unserem letzten „Kinderreport“ dargelegt haben, ist es aber nicht allein die materielle Armut die das Leben dieser Kinder bestimmt. Immer häufiger bleiben sie in isolierten Wohnvierteln unter sich, ohne gute Schulbildung, Ausbildungsmöglichkeiten und ausreichende Unterstützung bei den Hausaufgaben. Von Armut betroffene Kinder und Jugendliche erfahren den gesellschaftlichen Ausschluss durch den Verzicht auf Taschengeld, Freizeit- und Sportangebote. Besonders schlecht ist ihre Situation in jenen Bundesländern oder Kommunen, die nicht einmal die notwendigen Lernmittel oder die Fahrtkosten zur Schule finanzieren. Entsprechend überproportional hat sich die Zahl der Anträge erhöht, die das Deutsche Kinderhilfswerk über den Kindernothilfefonds für entsprechende Notlagen erreichen.

Je früher und länger ein Kind Armutserfahrungen macht, desto gravierender sind die individuellen Folgen. Außerdem gehen die Potenziale dieser Kinder und Jugendlichen verloren. Das wird mittelfristig gravierende Auswirkungen auf die volkswirtschaftliche Leistung unseres Landes haben. Deutlich wird – Kinderarmut bedeutet viel mehr, als wenig Geld zu haben. So wie die unterschiedlichen Lebenslagen ineinander greifen, muss auch die politische Strategie aufgestellt sein: Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sind ebenso zu berücksichtigen, wie Familien- und Bildungspolitik, Gesundheits- und Sozialpolitik sowie Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik¹. Es reicht nicht aus nur eine Dimension der Kinderarmut in Angriff zu nehmen, sondern es geht darum, die unterschiedlichen Handlungsfelder zu einer Gesamtstrategie zusammenzufügen. Dies setzt eine Vernetzung der Hilfen und Akteure in den Lebensräumen der Kinder voraus.

Neben den monetären Leistungen des Bundes brauchen Kinder auch gute strukturelle Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung. Hierzu gehört ein flächendeckendes Angebot von Betreuungs-, Bildungs- und kulturellen sowie sportlichen Angeboten. Hier sind die

¹ Dabei geben uns skandinavische Länder und Frankreich ein Vorbild, wie durch einen deutlich höheren Anteil an familienbezogenen Sachleistungen, durch Investitionen in Bildung und Infrastrukturen die Armutsquoten um bis zu 80% gesenkt werden können.

Länder und Kommunen gefragt. Sie dürfen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Ferner weist die aktuelle Forderung des Aktionsbündnis Kinderrechte (UNICEF, Deutscher Kinderschutzbund und Deutsches Kinderhilfswerk) nach einer Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz den Weg, wie durch Kinderrechte, die sich nicht allein aus denen ihrer Eltern ableiten, Kinder verfassungsrechtlich gestärkt und geschützt werden können.

2. Bedingungslose und bedarfsgerechte Kindergrundsicherung einführen

Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert eine bedingungslose und bedarfsgerechte Kindergrundsicherung. Diese soll den allgemeinen und individuellen Bedarfen von Kindern Rechnung tragen und den bestmöglichen Zugang zu Bildung, Freizeit und gesunder Ernährung beinhalten.

Die Wirtschaft profitiert enorm von den Familien, doch im Vergleich mit anderen EU-Ländern liegt die Quote dessen was die Regierung in den Familienlastenausgleich gibt unterhalb des Durchschnitts. Gleichzeitig werden Familien durch das Steuer- und Abgabensystem und in den sozialen Sicherungssystemen übermäßig belastet. Darauf hat das Bundesverfassungsgericht weitgehend ohne Resonanz hingewiesen².

Selbst das bundesdeutsche Durchschnittseinkommen von ca. 27.000 Euro jährlich reicht bei zwei oder mehr Kindern im Haushalt heute nicht aus, um die Familie aus eigener Kraft zu versorgen. Neben dem Problem der Familienarmut trotz Erwerbstätigkeit („Working poor“) muss unsere Gesellschaft, in der sich etwa die Arbeitslosigkeit gering qualifizierter Personen zur Dauerarbeitslosigkeit verfestigt, Lösungen für Kinder in Familien ohne Familieneinkommen finden. Adressaten bisheriger Familien- und Sozialpolitik sind in erster Linie die Eltern und weniger die Kinder selbst. Die Reduzierung einer Kinderpolitik auf die Aspekte der Erziehung, der Betreuung und des Schutzes von Kindern widerspricht einem modernen Verständnis vom Kind, das es als eigenständige Persönlichkeit mit individuellen Bedürfnissen sieht.

Daher sieht das Deutsche Kinderhilfswerk einen Paradigmenwechsel für notwendig an, der das Kind als anspruchsberechtigt unabhängig von der Unterstützung der Familie insgesamt ansieht. Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten und haben nach Artikel 26 und 27 der UN-Kinderrechtskonvention eigenständige Rechte auf soziale Sicherheit und angemessene Lebensbedingungen. Deshalb wird bei der Kindergrundsicherung keine Einkommens- oder Vermögensüberprüfung vorgenommen, der diskriminierende Charakter einer Fürsorgeleistung entfällt. Ferner würde eine bedingungslose Kindergrundsicherung nicht nur Kindern zu Gute kommen, deren Eltern Beziehler von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch sind, sondern auch Kinder einbeziehen, die in „verdeckter Armut“ leben. Im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird davon ausgegangen, dass im Mittel auf drei Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt eineinhalb bis zwei weitere Berechtigte ohne Bezug kommen. Analog der

² Die realitätsgerechte Berücksichtigung von Unterhaltspflichten hat das Bundesverfassungsgericht sehr deutlich bereits in einem Beschluss vom Februar 1984 (BVerfG vom 22. 2. 1984, BVerfGE 66, 214) gefordert. Die Steuerfreiheit des Existenzminimums hat das Bundesverfassungsgericht in den grundlegenden Entscheidungen von 1990 (BVerfGE 82, 60) und 1992 (BVerfGE 87, 153) festgeschrieben. Ferner betonte 1992 das Gericht die „bestandssichernde Bedeutung“ der Kindererziehung für das Rentensystem (BVerfGE 87, 37).

Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention soll die Kindergrundsicherung bis zum 18. Lebensjahr befristet sein. Sinnvoll erscheint es deshalb, für über 18-Jährige anstelle der Grundsicherung eine eigene, individuelle Ausbildungsfinanzierung zu entwickeln.

Das Bundessozialgericht hat in seiner Entscheidung vom 27. Januar dieses Jahres die Hartz IV-Kinderregelsätze in ihrer pauschalen Ableitung von den Erwachsenenregelsätzen für verfassungswidrig erklärt. Im Gegensatz zu aktuell diskutierten Ausgestaltungen einer Kindergrundsicherung sieht es daher das Deutsche Kinderhilfswerk als notwendig an, dass eine bedingungslose Grundsicherung für Kinder mit einer altersgerechte Bedarfsbemessung verknüpft wird. Sinnvoll erscheinen fünf Stufen, für die Kinder bis zum 2. Lebensjahr, bis zum Schuleintritt, bis 10 Jahre, bis 14 Jahre und bis zur Volljährigkeit.

Die Höhe der Kindergrundsicherung muss sich an verschiedenen Faktoren orientieren. Grundlagen sind die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes zur Steuerfreiheit des Existenzminimums, die Regelleistungen nach dem Sozialgesetzbuch und für die Herstellung einer Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen die durchschnittlichen Ausgaben von Eltern für ihre Kinder. Aus diesen Vorgaben soll eine Expertenkommission unter Einbezug von Sachverständigen, Parteien- und Verbandsvertreter/-innen sowie Kindern und Jugendlichen realitätsorientiert die Kindergrundsicherung ermitteln. Statistische Bestimmungen auf der Basis des Bedarfes von Erwachsenen sind abzulehnen.

Insgesamt würde durch eine bedingungslose und bedarfsgerechte Kindergrundsicherung das derzeitige System familienunterstützender Leistungen entbürokratisiert, ausgewogener und durchschaubarer gestaltet werden. Es darf nicht sein, dass durch die derzeitige Ausgestaltung des Ehegattensplittings und der steuerlichen Freibeträge Eltern mit hohem Einkommen überproportional profitieren oder die Unterstützung für Kinder von durchsetzungsfähigen Eltern abhängig ist.

Das weit verbreitete Vorurteil, die materiellen Sozialleistungen würden nicht bei den Kindern ankommen, ist nicht haltbar. Eine im Herbst 2007 von Prof. Werner Wüstendörfer (Georg-Simon-Ohm Hochschule Nürnberg) durchgeführte Befragung armutsbetroffener Familien in Nürnberg legt dar, dass auch arme Eltern versuchen, negative Folgen von Ressourcenmangel soweit wie möglich aufzufangen. Mit zunehmender Dauer können sie diesen Ausgleich jedoch nicht mehr leisten. In der Regel sparen sie zunächst bei sich selbst und den gemeinsamen Familienaktivitäten bevor es zu einer Einschränkung bei der Versorgung ihrer Kinder kommt. Nach der Analyse des Statistischen Bundesamtes steht Kinderarmut erst am Ende einer von Eltern oder Elternteilen nicht mehr beherrschbaren Lage. Das Statistische Bundesamt stellt außerdem fest, dass die unteren Einkommen der Familien mit Kindern mehr Ausgaben als Einnahmen hatten. Das heißt viele Familien im unteren Einkommenssegment mussten sich verschulden.

Infrastruktur und materielle Absicherung für Kinder müssen Hand in Hand gehen. Ein Nationales Programm gegen Kinderarmut sollte daher auch von den Bundesländern konkrete Maßnahmen abverlangen. Lehrmittelfreiheit, kostenloses Mittagessen, kostenfreier Schultransport sollte hierzu gehören. In diesem Kontext schlagen wir die Einführung einer „Kinderkarte“ vor, die Teile der Kindergrundsicherung aus dem monetären Bereich herauslöst und Kindern für die Nutzung von Infrastruktur zur Verfügung steht.

Die nicht geringen Kosten für die Einführung einer Kindergrundsicherung dürfen nicht zu einer Blockadehaltung führen. Nichts kann wichtiger sein, als in die Zukunftsfähigkeit

unseres Landes zu investieren. Es kommt also vor allem auf den politischen Gestaltungswillen von Regierungen und Parlamenten an, um Kinderarmut in Deutschland zu überwinden und allen Kindern und Jugendlichen ein chancengleiches Aufwachsen in Deutschland zu ermöglichen.

Bis zur Etablierung der Kindergrundsicherung müssen die Regelleistungen nach dem SGB II und der Regelsatz nach dem SGB XII für Kinder neu bemessen werden. Die derzeitige Bindung an die EVS (Einkommens-Verbraucher-Stichprobe) und die Ableitung aus dem Erwachsenenregelsatz ist ein völlig untaugliches Verfahren. Wie wenig das derzeitige Modell der Einkommens- und Verbraucherstichprobe den Grundbedarfen von Heranwachsenden Rechnung trägt zeigt sich, wenn man sich etwa vergegenwärtigt, dass einem Kind bis 14 Jahre 2,56€ pro Tag für Verpflegung zur Verfügung stehen. Damit ist keine ausreichende Deckung des täglichen Bedarfes möglich und schon gar keine ausgewogene, gesunde Ernährung. Eine eigenständige Bedarfsbemessung für Kinder und Heranwachsende ist nicht vorgesehen und wird willkürlich mit 60% (Kinder bis 14 Jahre) bzw. 80% (ab 14 Jahre) vom Erwachsenenregelsatz abgeleitet. Auch die Einführung einer neuen Regelsatzstufe ab 01.07.2009 für Kinder im Alter von 6 bis 13 Jahren in Höhe von 70 % des Erwachsenenregelsatzes ändert daran nichts.

Die Forschungsstelle des Paritätischen Gesamtverbandes hat Kinderregelsätze methodisch fundiert auf der Grundlage der EVS berechnet. Danach müsste der Regelsatz für Kinder bis unter 6 Jahren derzeit 276 Euro betragen, für Kinder von 6 bis unter 14 Jahren 332 Euro und für Kinder ab 14 Jahren 358 Euro monatlich. Sicherlich kann man über einzelne Stellschrauben dieser Vorschläge und die genaue Höhe von Hartz IV-Regelsätzen für Kinder und Jugendliche trefflich streiten. Die Regelsätze aber zukünftig als Mindestanteil der tatsächlichen Kosten für ein Kind zu bemessen und nicht mehr vom Konsumverhalten armer Erwachsener abzuleiten, ist ein längst überfälliger Schritt.

3. Mitbestimmungs- und Mitwirkungschancen schaffen

Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert die Schaffung gezielter Mitbestimmungs- und Mitwirkungschancen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen sowie qualifizierte Begleitung bei ihrer Mitwirkung in Kommune, Schule und Kita durch interkulturelle, integrativ-pädagogische bzw. niederschwellige Beteiligungsangebote.

Der 11. Kinder- und Jugendbericht stellt fest, dass unabhängiges, selbstständiges Handeln eine gesicherte materielle Existenz sowie soziale Integration voraussetzt. Für Kinder und Jugendliche die von Armut betroffen sind, verringern sich die Möglichkeiten am gesellschaftlichen Leben teil zu nehmen – Existenzängste, Ausgrenzungs- und Stigmatisierungserfahrungen fördern Resignation und Rückzug und behindern eine wirksame Beteiligung. Armut ist oft auch „Partizipationsarmut“. Wichtig ist deshalb, dass Kinder und Jugendliche das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten wieder erlangen, in dem ihnen Möglichkeiten der Selbstgestaltung und des Kompetenzerwerbs vermittelt werden. Erst hierdurch ergeben sich Auswege aus dem Armutskreislauf.

Gerade benachteiligte Kinder und Jugendliche sind auf Orte angewiesen, die ihnen Zugang zu und Begleitung bei Beteiligungsprozessen bieten. Von entscheidender Bedeutung sind deshalb interkulturelle, integrativ-pädagogische bzw. niederschwellige Beteiligungsangebote, die jeder und jedem Partizipation ermöglichen. Zudem merken wir immer wieder, dass sozial benachteiligte Menschen es nicht gewohnt sind beteiligt zu

werden. Kontinuität, Verlässlichkeit und Methodenkompetenz sind deshalb von noch größerer Bedeutung als bei allgemeinen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsangeboten. Die Bereitschaft zu Beteiligung ist auch bei benachteiligten Kindern und Jugendlichen vorhanden, wenn es um konkrete greifbare Themen oder Aktionen geht, die ihre Lebenswelt betreffen: der Umbau des Jugendclubs, die Ausgestaltung von Sport- und Freizeitangeboten oder Gestaltungsmaßnahmen auf dem Schul- und Kitagelände. Benachteiligten jungen Menschen müssen dabei auch finanzielle Ressourcen für Fahrtkosten, Material und Teilnahmebeiträge bereitgestellt werden, damit eine aktive Mitarbeit überhaupt möglich ist.

Erzieher/innen, Sozial- und Schulpädagog(inn)en sind oftmals mit Methoden und Instrumenten der Partizipation benachteiligter Gruppen nicht vertraut. Es gilt daher, ihre Fort- und Weiterbildung in diesem Bereich gezielt zu unterstützen. Etwas bietet das Internet schichtunspezifisch eine gute Möglichkeit zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Allerdings müssen hier insbesondere in Kita, Schule und Freizeiteinrichtungen Zugänge zum Internet geschaffen werden und Angebote vorhanden sein, die mit dem Medium vertraut machen. Dabei müssen die Angebote nicht nur qualifiziert betreut werden, sondern auch den partizipativen Charakter ernst nehmen.

4. Bildungschancen sicherstellen

Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert verstärkte Anstrengungen die Chancenungleichheit im deutschen Schulsystem zu bekämpfen. Dazu ist ein nach oben durchlässiges Schulsystem, ein längeres gemeinsames Lernen aller Schüler/innen, individuelle Förderprogramme für benachteiligte Schüler/innen, der flächendeckende Ausbau der Ganztagschule und Lernmittelfreiheit anzustreben.

Die Benachteiligung in der Bildung setzt schon im Vorschulalter ein: Kinder aus armen Familien haben häufiger Probleme beim Sprechen und Spielen. Diese Benachteiligung wird durch die Schule nicht aufgefangen, sondern häufig verstärkt. Das haben die PISA-Studien bewiesen, in der der Bildungsstand von Schülern untersucht wurde. Selbst bei gleicher Leistung unterscheidet sich der Bildungserfolg nach Einkommen, Bildung und ethnischer Herkunft der Eltern. In Relation zu dem Bruttoinlandsprodukt liegt die Bundesrepublik EU-weit auf dem drittletzten Platz. Vor allem Migrantenkinder – wobei die Gruppe der Migranten ohnehin von einem erhöhten Armutsrisiko betroffen ist – haben in Deutschland so schlechte Bildungschancen wie in keinem anderen OECD-Land. In keinem anderen Land erfolgt die Verteilung der Kinder auf die unterschiedlichen Schulzweige so früh wie in Deutschland. Ist ein Bildungsweg einmal eingeschlagen, ist er schwer zu verändern. Im gegliederten Schulsystem findet Durchlässigkeit vorwiegend nach unten statt.

Bildungsarmut wird in Deutschland wie in kaum einem anderen europäischen Land von einer in die nächste Generation weiter getragen. Die Ergebnisse der aktuellen PISA- und IGLU-Studien belegen erneut, dass nach wie vor in Deutschland die Bildungschancen stark vom sozialen Status der Eltern abhängen. Etwas variiert die Freude am Lesen mit dem Elterneinkommen: Nur 38 % der Kinder mit einem Familiennettoeinkommen unter 1500 Euro lesen gerne, dagegen 66 % bei einem Familiennettoeinkommen über 2000 Euro. Eltern armer Kinder entscheiden sich auch häufiger gegen den Besuch weiterführender Schulen, weil die Kinder früher Geld verdienen sollen. Haben Kinder aus reicheren Familien Probleme in der Schule, bekommen sie oftmals Nachhilfeunterricht oder die

Eltern haben aufgrund ihres Bildungsstandes die Möglichkeit zu helfen. Kinder aus armen Familien werden mit ihren Problemen dahingegen vielfach allein gelassen.

Deshalb gilt es, sich gezielt um Kinder aus benachteiligten Familien kümmern, denen ihre Eltern nicht die gleichen Startbedingungen und damit Chancen auf Teilhabe bieten können. Zielstellung muss sein, das System der frühen sozialen Auslese zu überwinden und stattdessen ein durchlässiges und sozial gerechtes Schulsystem zu schaffen. Damit alle Schülerinnen und Schüler gemäß ihrer Talente und ihrer Leistungsfähigkeit den bestmöglichen Schulabschluss erreichen können, ist es notwendig, dass sie eine bessere individuelle Förderung erfahren. Für diesen Ansatz individueller Förderung braucht Schule mehr Zeit, daher ist ein Schulsystem anzustreben in dem Kinder und Jugendliche länger gemeinsam lernen. Sowohl das Modell der Ganztags- als auch der Gemeinschaftsschule bietet hierfür neben den flexiblen Unterrichtszeiten ebenso Zeiten des sozialen Lernens und Erfahrens. Außerdem kann dort die Ernährungssituation für alle Kinder verbessert werden und auch die Gesundheitsvorsorge einen festen Platz erhalten. Dabei sind die Ressourcen des sozialen Umfeldes zu nutzen: Betriebe, Sportvereine, Musikschulen, Volkshochschulen sowie Angebote der Kinder- und Jugendarbeit.

Wichtig ist darüber hinaus, dass die Bundesländer die Lernmittelfreiheit wieder herstellen: Während der Staat noch 1991 knapp 400 Mio. Euro für den Kauf von Schulbüchern ausgab, investierte er im Jahr 2005 lediglich 230 Mio. Euro – obwohl die Zahl der Schülerinnen und Schüler im gleichen Zeitraum um eine Million gestiegen ist. Es ist sicherzustellen, dass alle Kinder mit den notwendigen Unterrichtsmaterialien ausgestattet sind. Auch ein kostenfreies Schulessen, wie es schon von manchen Kommunen angeboten wird, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Bei der Betrachtung von Bildungslaufbahnen fällt auf, dass sich oftmals nachhaltig negative Brüche beim Übergang von der Kita in die Grundschule und beim Übergang von der Grundschule in weiterführende Schulen ergeben. Deshalb sind gezielte Programme der schulbezogenen Sozialarbeit zu fördern, um diese Brüche aufzufangen.

Den Folgen von Kinderarmut kann in Schule und auch Jugendhilfe präventiv begegnet werden. In Stadtteilkonferenzen, Jugend- und Familienangeboten bedarf es abgestimmter, auf die Problemlagen zugeschnittene Angebote. Zur Verbesserung der Qualität und der Quantität entsprechender Angebote bedarf es auch einer stärkeren finanziellen Förderung durch das Land und die Kommunen.

5. Betreuungsqualitäten steigern

Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert die vollständige staatliche Ausfinanzierung von Betreuungsangeboten vom vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt und eine Anpassung der personellen Ausstattung in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung an die EU-Richtlinien. Ferner sind Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Mitarbeiter/-innen sowie ein verbindliches Bildungsprogramm bis zum zehnten Lebensjahr zu entwickeln, das auch die Ressourcen und Beteiligungsmöglichkeiten der Kinder in den Mittelpunkt stellt.

Der vorschulischen Bildung für die Kinder kommt eine besondere Bedeutung zu, da ihre Lern- und Aufnahmefähigkeit in diesem Alter besonders hoch ist. Kinder dieses Alters wollen lernen, ausprobieren und experimentieren, sind von sich aus neugierig und

wissbegierig. Nie wieder lernen Menschen so viel und mit so großem Spaß wie in den ersten Lebensjahren. Dabei kann eine gute Bildung schon für kleine Kinder die Chancengleichheit in unserer Gesellschaft fördern. Denn durch eine frühe Förderung können herkunftsbedingte und soziale Unterschiede am besten ausgeglichen werden. Gerade Kinder aus bildungsfernen Familien profitieren vom frühen Kindergartenbesuch³. Deshalb ist es wichtig, Kindern vom vollendeten ersten bis zum dritten Lebensjahr einen allgemeinen Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung zu gewähren. Mittelfristig muss auch ein Anspruch auf ganztägige Betreuung für Kinder zwischen drei und sechs Jahren festgesetzt werden⁴. Demgegenüber ist festzustellen, dass die Bundesrepublik Deutschland zu wenig im Bereich der vorschulischen Bildung investiert. Statt der von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geforderten Mindestinvestition von 1 % des Bruttoinlandsproduktes wird in diesem Bereich bei sinkender Tendenz lediglich 0,66 % investiert.

Das wirkt sich natürlich auf die Gruppengrößen in den Kitas aus. Dabei sind im Bereich der Kinderkrippen für eine Gruppe von acht Kindern drei bis vier Fachkräfte angemessen. Generell gibt es auf EU-Ebene bereits Richtzahlen für Gruppengrößen: Etwa soll bei Kleinkindern eine Erzieherin/ein Erzieher für fünf Kinder bis 2010 EU-weit die Regel sein. Maßstäbe, die etwa in Skandinavien schon heute die Regel und von der die Kitas in Deutschland noch sehr weit entfernt sind.

Daneben muss es zu einer deutlichen Verbesserung der Qualifizierung des Personals kommen. Neben der Vermittlung von fachpraktischen Kernkompetenzen müssen die Diagnosefähigkeiten des Personals besser als bisher ausgebildet werden, um vor allem die Fähigkeiten der Kinder, aber auch ihre Defizite erkennen zu können. Außerdem bedarf es gezielter Maßnahmen, dass künftig mehr Männer den Beruf des Erziehers ergreifen.

Um die Grundlagen für eine frühe und individuelle Förderung der Kinder herzustellen, den Bildungsprozessen in Schulen und den Kindertageseinrichtungen Transparenz zu verleihen sowie Fachkräften und Eltern Orientierung zu bieten, müssen die Bundesländer ein entsprechendes Bildungsprogramm festlegen. Dessen Standards müssen kontinuierlich evaluiert und weiterentwickelt werden.

Wesentlicher Bestandteil der vorschulischen Bildung in Kindertageseinrichtungen muss auch die altersgerechte Beteiligung der Kinder sein. Bereits hier können Kinder demokratisches Denken und Handeln erfahren und einüben. Dazu müssen sie regelmäßig in die Entscheidungen der Kindertageseinrichtung einbezogen werden.

³ Ein Kindergartenbesuch gleicht Bildungsdefizite bei Kindern aus benachteiligten Elternhäusern aus. Dies gilt allerdings nur, wenn diese den Kindergarten auch volle drei Jahre besuchen. Ein einzelnes Jahr hat hingegen kaum positive Auswirkungen. Das ist das Ergebnis der vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) veröffentlichten Studie „Soziale Ungleichheit beim Schulstart“. Ohne Kita-Förderung ab drei Jahren wird jedes zweite Kind, dessen Eltern keinen Bildungsabschluss haben, vom Schulbesuch zurückgestellt. Bei einem mittleren Abschluss der Eltern sind es nur 28 Prozent der Kinder. Kommen die Kinder aus einem Akademikerhaushalt, sind es nur 8 Prozent. Völlig anders sind die Ergebnisse, wenn die Kinder aus bildungsfernen Familien bereits mit drei Jahren in den Kindergarten gehen. Dann nähern sie sich dem Schnitt von rund 10 Prozent an Rückstellungen an. Ähnliches beobachten die Wissenschaftler auch bei Kindern aus Migrantenfamilien. Sprechen deren Eltern nur schlecht Deutsch, werden die Kinder überdurchschnittlich häufig zurückgestellt. Auch hier verhindert ein früher Kindergartenbesuch den verspäteten Start in die Schulkarriere.

⁴ Um mehr Kinder in den Genuss einer Kindergartenbetreuung kommen zu lassen, haben in den vergangenen Jahren mehrere Bundesländer die Gebühren im letzten Jahr gestrichen, so das Saarland, Berlin, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Hessen. Dies reicht aber nicht aus, um Benachteiligungen auszugleichen. Allein das letzte Kindergartenjahr kostenfrei zu machen ist nicht effektiv.

Ferner gilt es, Kitas zu Begegnungs- und Beratungszentren für Mütter und Väter zu entwickeln, die weitergehende Angebote für Eltern anbieten. Insbesondere für Eltern, die bisher wenige Kenntnisse über Bildungsprozesse der Kinder haben, müssen neue Formen der Ansprache und Kontaktaufnahme erprobt werden. So können Familienbildungsveranstaltungen für alle Eltern sowie Integrationskurse für Mütter und Väter mit Migrationshintergrund angeboten werden. Vorbild kann dafür das englische Modell der "Early Excellence Centers" sein.

Schließlich stellt sich die Frage wie im Zuge der Ausweitung der Betreuung durch das Kindertagesstättenförderungsgesetz der Bedarf an ausgebildeten Erzieher/innen gedeckt werden soll. Die Ausbildung von derzeit rund 6000 Erzieher/innen pro Jahr reicht bei weitem nicht aus. In diesem Zusammenhang müsste grundsätzlich darüber diskutiert werden, wie die Ausbildung für männliche Erzieher/innen angeregt werden kann. Der geringe Anteil von männlichen Erziehern steht einem modernen koedukativen Ansatz entgegen.

6. Gezielte Förderung von Migrantenkindern

Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert die gezielte Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund über ein Bildungsprogramm, das um interkulturelle Inhalte ergänzt wird und eine gezielte Sprachförderung sicherstellt. Weiterhin ist die Verbesserung der gesundheitlichen Beratung und Versorgung von Familien mit Migrationshintergrund durch eine verstärkte Öffnung und Erweiterung der bestehenden Gesundheitsdienste voran zu treiben.

Der 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung stellt zutreffend fest, dass Vorschulkinder ohne deutschen Pass überproportional von Einkommensarmut betroffen sind: „Die Armutsquote ist nach den Ergebnissen der Studie des Institutes für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) zur Armut im Vorschulalter bei ihnen mit über 40% mehr als doppelt so hoch wie bei den deutschen Kindern.“ Erschwerend kommt hinzu, dass viele (insbesondere türkische) Migrantenfamilien schlechtere Wohnbedingungen als Deutsche haben.

Für die Kinder bedeutet dies geringe Rückzugsmöglichkeiten und schlechte Lernbedingungen. Im Bereich der schulischen Bildung muss festgestellt werden, dass in kaum einem der anderen Industriestaaten Migrantenkinder so schlechte Bildungschancen wie in Deutschland haben. Besonders schwierig ist die Situation für Flüchtlingskinder, die in mehreren Bundesländern von der Schulpflicht ausgenommen sind und darüber hinaus keinen rechtlichen Zugang zu Ausbildung und Arbeit und damit keine berufliche Perspektive haben.

Die OECD hat zudem festgestellt, dass in Ländern mit klar strukturierten Sprachprogrammen der Leistungsunterschied zwischen Kindern mit und Kindern ohne Migrationshintergrund geringer ausfällt. Deshalb besteht in dieser Richtung sofortiger Handlungsbedarf. Sprachförderung muss so früh wie möglich, d.h. spätestens in Kindertagesstätten, einsetzen. Notwendig erscheint vor diesem Hintergrund, die stärkere Berücksichtigung von Lehrer/innen, Sozialpädagog(inn)en und Erzieher/innen mit Migrationshintergrund.

Da die Sprachkompetenz der Familien, insbesondere die der Mütter, eine zentrale Rolle spielt, sollten die Familien in die Sprachförderprogramme einbezogen werden. Hier sind bundeseinheitliche Regelungen notwendig, der Verweis auf Länderzuständigkeiten muss aufgrund des Problemdrucks in diesem Bereich in den Hintergrund rücken. Ein Schlüssel für die soziale Integration und zur Vermeidung von Ausgrenzung ist zudem die gezielte Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten für Kinder mit Migrationshintergrund.

Bei der Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien ist den kulturellen Unterschieden, die trotz der langen Aufenthaltsdauer von Migrant/-innen in Deutschland noch immer bestehen, Rechnung zu tragen. Anzustreben ist eine verstärkte Öffnung und Erweiterung der bestehenden Gesundheitsdienste, der Aufbau von interkulturellen Teams zur qualifizierten kultursensiblen Beratung und Behandlung, z.B. in ethno-medizinischen Zentren, sowie die Erweiterung von Curricula um interkulturelle Inhalte.

Ein besonderer Handlungsbedarf besteht bei Flüchtlingskindern, die in vielen Fällen von einer Leistungsgewährung nach SGB XII ausgeschlossen sind. Bisher gilt für Kinder von Asylbewerbern, Geduldeten, Ausreisepflichtigen und Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen die Sonderregelung des Asylbewerberleistungsgesetzes, nach der nur Sachleistungen oder ein abgesenkter Regelsatz gezahlt wird. Dieser liegt bis zu 35 % unter dem Regelsatz nach SGB XII. Der normale Regelsatz wird erst nach frühestens vier Jahren gezahlt. Betroffen von dieser sozialrechtlichen Schlechterstellung sind derzeit ca. 50.000 Kinder in Deutschland.

7. Gesundes Aufwachsen ermöglichen

Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert die gezielte Bewegungsförderung und die gesunde Ernährung als Schwerpunktthemen in Kita und Schule, insbesondere in Brennpunktgebieten, sowie kostengünstige Zugänge zu Freizeit- und Ferienangeboten.

Armut und gesundheitliche Risikofaktoren gehen Hand in Hand. Trotz der prinzipiell kostenlosen Gesundheitsversorgung für Kinder und der kostenfreien Früherkennungsuntersuchungen werden insbesondere sozial benachteiligte Mädchen und Jungen von diesen Angeboten nicht erreicht⁵. Zahlreiche neuere Untersuchungen wie die KIGGS-Studie, die Bella-Studie oder die HBSC-Studie haben drastische Alarmzeichen herausgearbeitet: Etwa eine deutlich höhere postnatale Säuglingssterblichkeit als in den oberen sozialen Schichten, eine zweimal höhere Mortalitätsrate durch Unfälle als bei Kindern aus privilegierteren Schichten, ein sehr viel häufigeres Auftreten akuter Erkrankungen und eine höhere Anfälligkeit für chronische Erkrankungen, ein Drittel der Kinder von Langzeitarbeitslosen nicht ausreichend geimpft. Gleichzeitig sind Familien in belasteten Wohngebieten verminderten Wohnumfeldqualitäten, wie etwa deutlich höheren Lärmbelastungen, ausgesetzt.⁶

⁵ Mit der U7a, die im dritten Lebensjahr durchgeführt wird, ist eine wichtige Voraussetzung geschaffen worden, um auch zum Kitaeintritt rechtzeitig gesundheitliche Defizite von Kindern zu erkennen. Entscheidend ist jedoch, dass dieser Untersuchung ein Maßnahmenplan folgt, der mit der Kindertagesstätte abgestimmt wird.

⁶ Bei Essstörungen ist nach ersten Ergebnissen der Kinder- und Jugendgesundheitsstudie KiGGS des Robert Koch-Instituts (RKI) vom 16. Mai 2007 der Anteil der Jugendlichen mit niedrigem sozioökonomischen Status mit 27,6 Prozent fast doppelt so hoch wie der in der oberen Sozialschicht (15,5 Prozent).

Oft wird in armen Familien am Essen gespart. In manchen Familien führt das dazu, dass Kinder nicht satt werden. In anderen Familien wird nur das Billigste gekauft, wodurch eine ausgewogene Ernährung nicht stattfindet. Viele von Armut betroffene Kinder kommen ohne Schulbrot in die Schule oder nehmen nicht am Schulessen teil. Das ist den Kindern oft peinlich, manche sagen „es schmeckt nicht“ – auch wenn sie es vielleicht nie probiert haben. Deshalb sind vorhandene Erkenntnisse, die Kindern helfen, ihre Ressourcen auszubauen, wie sie in den Konzepten der Salutogenese und Resilienz herausgearbeitet wurden – über Modellprojekte hinaus – von großer Bedeutung.

In Schule und Kindertagesstätte können Heranwachsende, unabhängig von ihrem sozialen Status, gesunde Verhaltensweisen leben lernen. Gesundheits- und Bewegungsförderung bezieht sich in diesen Einrichtungen häufig auf Rahmenbedingungen wie die Gestaltung von Gebäuden, Schulhof und Schulweg. Seltener schließen sie die Inhalte des Unterrichts selbst ein, wie beispielsweise gesundheitsbezogene Projektstage oder -wochen. In diesem Kontext könnte das Fach "Gesundheitsbildung" erprobt und unter intensiver Beteiligung der Kinder und Eltern sowie von lokalen Fachkräften eingeführt werden. Darüber können Kinder auch schon frühzeitig mit gesunden Ernährungsgewohnheiten vertraut gemacht werden. Ferner muss in Schulen „bewegtes Lernen“ verstärkt thematisiert und durch geeignete Instrumente wie die Ausgestaltung eines bewegungsorientierten Nachmittagsangebotes durch Arbeitsgemeinschaften und Sportvereine oder die Bewegungsbaustelle des Deutschen Kinderhilfswerkes unterstützt werden.

Mit dem Programm „Eine Mahlzeit für alle Kinder“ unterstützt das Deutsche Kinderhilfswerk Maßnahmen, die allen Schülerinnen und Schülern – auch außerhalb von Ganztagsangeboten und zur Mittagszeit – eine ausgewogene Ernährung ermöglicht. Gleichzeitig würden wir es begrüßen, wenn wie in Finnland eine allgemeine kostenfreie Schulspeisung finanziert werden würde.

Schließlich sind Kinder in armen Familien oftmals von Freizeitangeboten und damit von Bewegungs- und Erholungsaktivitäten ausgeschlossen. Ihre Eltern können die Kosten für die Klassen- oder Ferienfahrt nicht aufbringen und öffentliche Zuschüsse oder kostengünstige Angebote sind rar. Der Abbau von staatlich geförderten Freizeitangeboten wirkt hier verstärkend. Das Deutsche Kinderhilfswerk fördert deshalb über den Kindernothilfefonds gezielt Ferienfahrten für arme Kinder. Defizitäre Wohnumfeldqualitäten in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf wirken in diesem Zusammenhang verstärkend. Daher muss durch Stadtteilentwicklungsprogramme eine deutliche Verbesserung der Spiel-, Freizeit- und Bewegungsqualitäten erzielt werden. Entsprechend sind auch die Vernetzung der Akteure im Stadtteil und die Bündelung ihrer Ressourcen voranzutreiben.

Stand: 23.04.2009

Dieses Positionspapier ist Teil der bundesweiten Kampagne des Deutschen Kinderhilfswerkes zum Thema Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland.

Bekämpfung von Kinderarmut

Forderungen und eigene Handlungsfelder des Deutschen Kinderhilfswerkes

Forderungen	1. Nationales Programm Verzahnte politische Strategie für die Felder Arbeitsmarkt, Familie, Bildungspolitik, Gesundheit, Soziales, Stadtentwicklung und Wohnungsbau unter Einbezug entsprechender gesellschaftlicher Akteure durch die Bundesregierung umsetzen - Zweiseitigen Generationenvertrag entwickeln - Kinderrechte im Grundgesetz verankern					
	2. Verteilungsgerechtigkeit herstellen Beseitigung der im Steuersystem verankerten strukturellen Benachteiligung von Familien Eigenständige Kindergrundsicherung Soziokulturelles Existenzminimum entlang den allgemeinen und individuellen Bedarfen von Kindern entwickeln	3. Mitbestimmungs- und Mitwirkungs-chancen schaffen Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in Kommune, Schule und Kita verbindlich sichern Partizipation benachteiligter Gruppen weiterentwickeln	4. Bildungschancen sicherstellen Nach oben durchlässiges Schulsystem und ein längeres gemeinsames Lernen aller Schüler/innen Individuelle Förderprogramme für benachteiligte Schüler/innen Flächendeckender Ausbau der Ganztagschule Lernmittelfreiheit	5. Betreuungs-qualitäten steigern Anpassung der personellen Ausstattung in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung an die EU-Richtlinien Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Mitarbeiter/-innen Verbindliches Bildungsprogramm bis zum zehnten Lebensjahr, das die Ressourcen und Beteiligungsmöglichkeiten der Kinder in den Mittelpunkt stellt	6. Gezielte Förderung von Migrantenkindern Gezielte Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund Verbesserung der gesundheitlichen Beratung und Versorgung von Familien mit Migrationshintergrund Ein Bildungsprogramm, das um interkulturelle Inhalte ergänzt wird	7. Gesundes Aufwachsen ermöglichen Bewegungsfördernde Angebote in Schule und Stadtteil gewährleisten Eine warme Mahlzeit für jedes Kind sicherstellen Gesunde Ernährung als Schwerpunktthema in Kita und Schule, insbesondere in Brennpunktgebieten. Ferienerholung ermöglichen
Handlungsfelder	Kinderreport (zweijährlich)	Fachtagungen, Seminar- und Weiterbildungsangebote Förderung von Modellprojekten	Seminar- und Weiterbildungsangebote Förderprogramm (Guter Schulstart)	Seminarangebote Förderung von Modellprojekten	Förderung von chancengleicher Medienkompetenz Förderung von Modellprojekten	Innovative Wege der kinderfreundlichen Stadtgestaltung mit Kommunen entwickeln Förderprogramm „Eine Mahlzeit für alle Kinder“ und „Ferienglück“ Bewegungsbaustelle